

# Berliner Tageblatt

Nr. 527 • Ausgabe B Nr. 262  
Ausgabe für Berlin u. Umgebung Nr. 527

und Handels-Zeitung

Chief-Redaktion: Leo Döbner, Berlin.  
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

## Geheime Beratung über den Abrüstungsvorschlag.

### Die Washingtoner Abrüstungskommission.

Gegenwärtig Japans. — Die Aufhebung der Frage des ferneren Ostens.

(Privat-Spendentelegramm des Berliner Tageblatt.)

**Z Washington, 15. November.**  
Die Führer der Delegationen der fünf Hauptmächte hatten am gestrigen Tage eine Besprechung über die zweifache Beratung der einzelnen fahrenden Fragen zusammenfassenden Resolutionen. Es wurde beschlossen, daß die Abrüstungskommission aus allen Hauptdelegationen der fünf alliierten und assoziierten Mächte bestehen solle, und nicht, wie zuerst in Aussicht genommen wurde, nur aus den Führern der Abordnungen dieser Mächte. Ferner wurde in Erwägung gezogen, auch die Fragen des ferneren Ostens einer ähnlich zusammengesetzten Kommission zu überweisen. In diesem Ausschuss sollen die Hauptdelegationen, und zwar hauptsächlich neun an der Konferenz teilnehmende Mächte, vertreten sein.

Marineattaché General Zeno erklärte, das Marineabkommen führe gegenwärtig das Flottenbauprogramm mit einer, um die Hälfte verminderten Schnelligkeit durch. Dies sei auf die Abträge zurückzuführen, die der Kongress am Montag vorgekommen hat. Auch werde, bevor eine internationale Vereinbarung über die Abrüstung zur See erzielt ist, eine Revidierung des Kriegsgesetzes nicht erfolgen, außer jedoch, wenn der Kongress dies anordnen sollte.

Die japanische Regierung, die nach Verhandlungen aus Tokio bereit ist, die amerikanischen Abrüstungsvorschläge zur See als Grundlage für Diskussionen anzunehmen, habe jedoch der japanischen Delegation Mitteilung erteilt, gleichzeitig einen Gegenwärtigen einzureichen. In diesem Vorschlag wird zwar der Abrüstung der japanischen Kriegsmarine auf zehn Schiffe entsprechend dem Plan des Staatssekretärs Hughes zugestimmt, gleichzeitig aber die Beibehaltung der Zahl der russischen Kriegsschiffe auf weniger als zweiundzwanzig und die Reduzierung der amerikanischen Kriegsschiffe auf weniger als achtzehn Schiffe verlangt.

Die amerikanischen Presse, die sich seit der Ernennung des japanischen Ministerpräsidenten Gano lebhaft damit beschäftigt, ob der neue Ministerpräsident einen anderen politischen Kurs einschlagen werde, hat nunmehr von dem Auslöser Garas eine Antwort erhalten. Baron Takahashi, der neue japanische Premierminister, erklärte nämlich Vertreter der Presse gegenüber, daß er sich hinsichtlich der Abrüstungskonferenz unbedingt zur Politik seines Vorgängers Gano bekenne, der von dem höchsten Erfolge der Washingtoner Beratungen überzeugt gewesen sei. Auch die japanische Presse unterstreicht die Ansicht Takahashis und gibt allgemein der Hoffnung Ausdruck, daß die Arbeiten in Washington, insbesondere die Frage der Flottenbauweise, zu einem als Maßstab betrachtenden Ergebnis führen mögen.

Erblickte Schwierigkeiten dürften allerdings die Frage des ferneren Ostens ergeben, da die Vereinigten Staaten

die Politik Japans gegenüber China mit Rücksicht auf die abzuwickeln. Hughes dürfte vermutlich seine Haltung in den Fragen des ferneren Ostens davon abhängig machen, ob die Allianz zwischen England und Japan gesäubert oder fortbewahrt werde. Man erwartet, daß Hughes dieses Problem in seiner nächsten Rede vor der Konferenz zur Sprache bringen wird. In diesem Zusammenhang ist eine Meldung aus Tokio von besonderem Interesse, wonach das japanische Kabinett beschlossen hat, mit der Zurückziehung der japanischen Truppen aus Sibirien zu beginnen, sobald in Washington eine Verständigung in den fahrenden Fragen erreicht ist. Wahrscheinlich ist dieser Beschluß auf eine Einladung der sibirischen Sowie-Regierung an die schwachen Rationen Ostens zu einer Konferenz nach Jarkut zurückzuführen, die die sibirische Regierung hat ergehen lassen. Man erwartet, daß Vertreter Siam's, Indiens, der Philippinen, Koreas und Chinas daran teilnehmen werden. Die Beratungen in Jarkut sollen zu einem Einverständnis dieser kleineren Nationen über ihre Haltung zu der japanischen Politik im ferneren Osten, namentlich in Sibirien und China, führen.

**Washington, 15. November.**  
Die Besprechung der wichtigsten Fragen auf der Konferenz am 14. November wurde von der Abrüstungskommission gegenwärtig die Erörterung dieser Fragen hinter geschlossenen Türen stattfand auf den öffentlichen Sitzungen der Konferenz. Irland und Schanzer sind übereingekommen, daß Frankreich und Italien bei Fragen, die sich auf der Konferenz ergeben, gemeinsam handeln werden, und zwar nicht nur in der Abrüstungsfrage, sondern auch bei den Fragen, die im Zusammenhang mit den Erörterungen über den Willen Ozean und den ferneren Osten entstehen können. Das Übereinkommen zwischen Irland und Schanzer, das als „vollkommen“ bezeichnet wird, wurde nach einstündiger Beratung zwischen den französischen und den italienischen Delegierten erzielt. In gut unterrichteten Kreisen ist man der Ansicht, daß dieses Übereinkommen zur Erleichterung der Zweite sehr viel beitragen wird, die Verhandlung voranzutreiben, als er den Plan zur Einberufung der Abrüstungskonferenz ist.

Staatssekretär Hughes, der am Sonntag eine lange Konferenz mit Irland und Schanzer über die Stellung Frankreichs gegenüber Deutschland, aber die französischen militärischen Streitigkeiten und die Reparationen hatte, verriet heute lange mit dem französischen Botschafteren Schanzer und Albertini und hat, so es dem ferneren Osten eine wichtige Rolle zu spielen. Eine Mitteilung Wellingtons zufolge wird die britische Delegation der Washingtoner Konferenz Vorschläge für eine Regelung der Probleme des Ostens unterbreiten, die auf folgenden allgemeinen Grundsätzen beruhen: Von der Rehabilitation Chinas hängt der Friede des ferneren Ostens ab. China muß in die Lage gesetzt werden, seine eigene wirtschaftliche Wiederherstellung durch die Entlastung der natürlichen Hilfsquellen des Landes zu vollbringen. Auch die territoriale Integrität Chinas muß gewährleistet werden und weitere Eingriffe durch ausländische Regierungen müssen aufhören. China muß absolute politische Unabhängigkeit haben und muß von jeder Einmischung von außen vertrieben werden. (Vergl. Seite 2)

## Die Reform der Gewerbesteuer.

### Der Entwurf des Berliner Magistrats.

Von [Name] (Adresse verbleibt).  
Dr. Paul Michaelis.

Seit langjähriger Zeit wird im Berliner Magistrat erörtert, an die Stelle der bisherigen Gewerbesteuer eine eigene Steuerordnung zu setzen. Dieser Wunsch ist begründet. Einmal, weil die jetzige Form der kommunalen Besteuerung der Gewerbebetriebe veraltet ist, dann aber auch, weil die Gemeinde aus der Gewerbesteuer höhere Beträge als bisher herauszuholen möchte. Nach der Lebensdauer der Einkommensteuer auf das Reich, an der die Gemeinden nur mit einem kleinen Prozentbeitrag beteiligt sind, ist, wenn man von der Grundsteuer ausgleicht, die Gewerbesteuer der wichtigste Beitrag der Gemeinde im kommunalen Budget. Die meisten Gemeinden bemühten sich bisher mit prosentualen Zuschlägen zur staatlichen Gewerbesteuer. Auch Berlin hat sich mit dieser etwas rohen Form der gewerblichen Besteuerung abgefunden. Aber die beklagenswerten Ansprüche der Einheitsgemeinde können auf diese Weise nicht länger befriedigt werden. Man muß sich der Frage stellen, ob nicht eine andere, besser geordnete Steuerordnung, um die höheren Einnahmen herauszuholen, neben einer Erhöhung der Latzrate der Gewerbesteuer auch die Erhebung der Gewerbesteuer für die höheren Klassen nicht weniger als 1000 Prozent. Höher geht's nicht mehr. Will man also aus der Gewerbesteuer noch weitere Einnahmen herausziehen, dann muß man schon im Anschluß an das Bestehen anderer Gemeinden, zumal im industriellen Westen, ein neues System der Gewerbesteuer schaffen, das sich von den durch die staatliche Gewerbesteuer gegebenen Grundlagen emanzipiert.

Der jetzt vorliegende Entwurf geht von der Ertragsbesteuerung aus, verbindet ihn aber mit einer Kopfsteuer und einer Flächensteuer. Die Ertragssteuer soll ähnlich wie bei der Reichseinkommensteuer gekürzt werden. Sie wächst also mit dem höheren Ertrag nicht bloß absolut, sondern auch prosentual. Betriebe, die weniger als 5000 Mark Ertrag haben, bleiben überhaupt von der Steuer frei. Von 5000 Mark ab wird der Steuerlauf in der Höhe erhoben, in der er in jedem Jahre von der Gemeinde festgelegt wird. Der darüber hinausgehende Ertrag wird stufenweise erhöht bis zur dreifachen Höhe des für 5000 Mark geltenden Steuerlaufes. Dieser Grundsatz, daß mit dem höheren Ertrag auch der Prozentsatz der Steuer wächst, ist allgemein im heutigen Steuerwesen anerkannt und bietet an sich keinen Grund zur Vermänglung.

Etwas anders ist es mit der Festlegung der Prozente, die von Ertrag erhoben werden sollen. Gätte man eine Sicherheit des Prozentsatzes, aber einen für das Gewerbe erträglichen Prozentsatz, so könnte sich das Gewerbe mit der neuen Form abfinden. In der Sicherheit fehlt. Der Magistrat führt in seiner Vorlage das Beispiel an, daß vom Ertrage eine Steuer von drei Prozent beschlossen würde, die sich dann bei den hohen Erträgen bis auf fast neun Prozent erhöhen würde. Aber es besteht die Möglichkeit der geringeren Sicherheit, daß die Gemeinde, die sich in einer sehr schmerzlichen Finanzlage befindet, bei diesen drei Prozent belächelt. Sie kann die Ertragssteuer auch auf vier oder sechs oder zehn Prozent und noch höher bemessen; und bei zehn Prozententeilen würden die großen Betriebe bereits dreißig Prozent ihres Ertrages als Gewerbesteuer abzuführen haben. Damit wäre allerdings der Gemeinde die Möglichkeit gegeben, auch das schlimmste Defizit im künftigen Haushalt durch eine Verdrückung der Gewerbesteuer wenigstens auf dem Papier aus der Welt zu schaffen. Nur daß dabei die Gewerbebetriebe in der Praxis lahmgelagert oder zur Abwanderung gezwungen würden. Erhöherend muß noch in Frage kommen, daß auch solche Betriebe, die tatsächlich keinen Ertrag oder einen Ertrag, der unter fünf Prozent bleibt, aufweisen, lo angelegen werden sollen, als hätten sie wenigstens fünf Prozent Ertrag zu verzeichnen. Ein Betrieb, der nur 10 Millionen Arbeiter hätte also unter allen Umständen 500 000 Mark als fixierten Ertrag zu versteuern, auch wenn er tatsächlich nichts verdient oder gar mit einem Defizit gearbeitet hätte. Auf diese Weise könnte bei unglücklicher Konjunktur sehr leicht ein großer Teil des Betriebsabfalls fortgeführt werden.

Bei der Ertragssteuer hat es aber nicht sein Bewenden. Zu ihr soll noch die Kopfsteuer und die Flächensteuer treten. Das heißt, daß ein Gewerbebetrieb auch noch für jeden Arbeiter über 100 einen Zuschlag zahlen soll, der je nach dem Ertrage zwischen 50 und 100 Mark betragen soll. Und darüber hinaus soll für jeden Quadratmeter benutzter Fläche über 1000 Meter hinaus jährlich eine Mark bezahlt werden, wobei auch die Boden- und Kellerfläche hinzugegerechnet werden sollen.

Nimmt man alles zusammen, so wird man sich der Ermäßigung nicht verschließen können, daß in dem vorliegenden Entwurf eine Landhabe geboten ist, einen sehr erheblichen Ertrag der Gewerbebetriebe dem Unternehmer wozuführen. Es kommt nur auf die Zusammenfassung der kommunalen Auflagen an, in welchem Maße von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht würde. Gätte die Berliner Stadtverordnetenversammlung noch die gleiche Zusammenfassung wie die vorige Versammlung, dann wären die schlimmsten Belastungen berechtigt. Aber auch die jetzige Versammlung dürfte bei ihrer sehr harten sozialistischen Einteilung geneigt sein, bis zur äußersten Grenze zu gehen. Wie dabei das Gewerbe, auf dem schließlich das wirtschaftliche Leben der Einheitsgemeinde beruht, noch lebensfähig bleiben kann, das dürfte nicht immer genügend berücksichtigt werden.

In jedem Falle besteht ein sehr inniger Zusammenhang zwischen den Kassen, die dem Gewerbe auferlegt werden, und

## Das Fazit.

### Der Schluß des Bremer Parteitag.

**E. F.** Es wäre sehr wünschenswert gewesen, wenn Frau Dr. Gertrud Baum er ihren Vortrag über den Welt und die Aufgabe der Frau in der Demokratie, über den wir heute früh nur kurz berichten konnten, nicht zum Schluß, sondern am Beginn des demokratischen Parteitages gehalten hätte. Denn ihre Ausführungen waren über den Rahmen des besonderen Themas hinaus ein Weckruf der Demokratie, und in seinen Darlegungen war sie nach, daß „moralische Überzeugungen“ für die Republik, von welchen in der politischen Debatte die Rede gewesen war, nur aus denen gemacht werden können, die ein unbedingtes und rücksichtsloses Bekenntnis an die demokratische Republik bindet. Dr. Betekens gab einen Wink des gesamten Parteitages Ausdruck, als er ankündigte, daß der Vortrag als Broschüre erscheinen wird. Wenn auch derjenige Teil der Verammlung, der während der politischen Debatte und bei der Erörterung der einzelnen Anträge die unbedingte Eingabe als die Gedanken der demokratischen Republik nicht lo erkennbar zum Ausdruck brachte, den Ausführungen Dr. Baümers den schärfsten Befehl spendete, so mag er darin eine Art theoretischer Gewissensberuhigung gefunden haben. Die Debatten des letzten Tages behandelten in leider zu knapp bemessener Zeit eine Anzahl wichtiger Gegenstände. In dem Referat des Herrn Zeno wurde der „Staatsfeindliche“ Entwurf eines Reichsgesetzes von einem der besten Sachverständigen zerlegt. Auch die sozialpolitischen Forderungen der Angestellten wurden, insbesondere von Schneider, gründlich behandelt.

Nebenbei man den Verlauf des gesamten Parteitages, so wird Freund und Feind darin übereinstimmen, daß er geistig auf bedeutender Höhe gehalten hat. Wenn trotzdem der Parteitag als Ganzes ein Gefühl des Unbefriedigens bei den verschiedenen Gruppen zurückgelassen hat, so liegt das daran, daß diesen geistigen Gehalt der Debatte die Klarheit der Entscheidung nicht entsprach. Wir haben bereits gestern abend dargelegt, auf welchem Wege man zu einer ohne Kommentar unverständlichen Vertrauensformel gelangt ist. Die Unklarheit, die jetzt auch in den Pressekommentaren herrscht, hat in Bremen besonders deutlich zum Ausdruck, als die verschiedenen die sich Sonntag abend an den behaltlichen Erklärungsstätten der schönen Parteiführer, sich gegenseitig zum „Sieg der Opposition“ und zum

## Der Parteitag.

### Der Schluß des Bremer Parteitages.

**E. F.** Es wäre sehr wünschenswert gewesen, wenn Frau Dr. Gertrud Baum er ihren Vortrag über den Welt und die Aufgabe der Frau in der Demokratie, über den wir heute früh nur kurz berichten konnten, nicht zum Schluß, sondern am Beginn des demokratischen Parteitages gehalten hätte. Denn ihre Ausführungen waren über den Rahmen des besonderen Themas hinaus ein Weckruf der Demokratie, und in seinen Darlegungen war sie nach, daß „moralische Überzeugungen“ für die Republik, von welchen in der politischen Debatte die Rede gewesen war, nur aus denen gemacht werden können, die ein unbedingtes und rücksichtsloses Bekenntnis an die demokratische Republik bindet. Dr. Betekens gab einen Wink des gesamten Parteitages Ausdruck, als er ankündigte, daß der Vortrag als Broschüre erscheinen wird. Wenn auch derjenige Teil der Verammlung, der während der politischen Debatte und bei der Erörterung der einzelnen Anträge die unbedingte Eingabe als die Gedanken der demokratischen Republik nicht lo erkennbar zum Ausdruck brachte, den Ausführungen Dr. Baümers den schärfsten Befehl spendete, so mag er darin eine Art theoretischer Gewissensberuhigung gefunden haben. Die Debatten des letzten Tages behandelten in leider zu knapp bemessener Zeit eine Anzahl wichtiger Gegenstände. In dem Referat des Herrn Zeno wurde der „Staatsfeindliche“ Entwurf eines Reichsgesetzes von einem der besten Sachverständigen zerlegt. Auch die sozialpolitischen Forderungen der Angestellten wurden, insbesondere von Schneider, gründlich behandelt.

## Der Doktors.

Die gestern bis auf 267 zurückgegangene Mark erfuhr heute wieder eine allerdings nicht erhebliche Belebung. Am Anfang des Werteverkehrs wurden Kurse von 263—265 genannt, später trat ein Rückgang auf 261 ein.

## Proklamierung des Friedens mit Deutschland durch Harding.

Präsident Harding hat heute nachmittags 4 Uhr die Proklamierung unterzeichnet, in der der Frieden zwischen Amerika und Deutschland erklärt wird.

## Die Note über die Deutschen Werke.

Aberreichung an Nollet und die Vorkonferenz.

Berlin, 15. November. (Z. M.) Die Note über die Deutschen Werke ist gestern General Nollet überreicht worden. Außerdem wurde der deutsche Botschafter in Paris beauftragt, in der Vorkonferenz zu übergeben. Der Wortlaut wird heute veröffentlicht.